Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa
Fernruf 1237
Postfach Nr. 53

Diese Zeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmanns zu Großenhain behördlich bestimmte Blatt und enthält amtliche Bekanntmachungen des Finanzamtes Riesa und des Hauptzollamtes Meißen

Postscheckkonto: Dresden 1530
Girokasse: Riesa Nr. 53

№ 57 — Mittwoch, 9. März 1938, abends — 91. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, bei Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark, ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr), bei Abholung in der Geschäftsstelle Wochenkarte (6 aufeinanderfolgende Nr.) 55 Pfg., Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die gesetzte 46 mm breite mm-Zeile oder deren Raum 9 Rpf., die 90 mm breite, 3 gespaltene mm-Zeile im Textteil 25 Rpf. (Grundschrift: Petit 3 mm hoch). Ziffergebühr 27 Rpf., tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Bei fernmündlicher Anzeigen-Bestellung oder fernmündlicher Abänderung eingesandter Anzeigentexte oder Probeabzüge schließt der Verlag die Inanspruchnahme aus Mängeln nicht drucktechnischer Art aus. Preisliste Nr. 4. Bei Konkurs oder Zwangsvergleich wird etwa schon bewilligter Nachlaß hinfällig. Erfüllungsort für Lieferung und Zahlung und Gerichtsstand ist Riesa. Höhere Gewalt, Betriebsstörungen usw. entbinden den Verlag von allen eingegangenen Verpflichtungen. Geschäftsstelle: Riesa, Goethestraße 52.

Selbstschutz zur Luft

Bei der Grundsteinlegung der Reichsluftschutzschule in Berlin-Wannsee hat Generalleutnant von Rogues die Bedeutung des deutschen Luftschutzes als militärische und zivile Notwendigkeit wie folgt umrissen: „Die Welt mag erfahren, daß nicht nur die Waffenträger der Wehrmacht bereitstehen, um die Freiheit der Nation zu sichern, sondern daß auch die Zivilbevölkerung, daß Frauen und Kinder entschlossen sind, durch Selbstschutz im Luftschutz den Terror eines Luftkrieges zu brechen." Es ist merkwürdig, daß gerade dieser Satz gewisse Kreise des Auslandes furchtbar aufgeregt hat. Man hat vielleicht doch noch nicht erkannt, in welch großem Maße die seelische Bereitschaft neben der Erziehung in fachlichem Wissen Kern allen Luftschutzes ist. Wenn der Führer auch in seiner letzten Rede wieder darauf hinwies, die deutsche Luftwaffe werde an der Grenze bereits blitzschnell jeden feindlichen Luftüberfall verhindern, so umschreibt General Milch die Aufgaben der Reichsluftschutzschule entsprechend als eine Förderung der geistigen, seelischen und handwerklichen Luftschutzbereitschaft.

Zwölf Millionen Mitglieder und 600 000 Amtsträger unter ihnen sind heute in der deutschen Luftschutzorganisation zusammengefaßt. 5,9 Millionen haben als ausgebildete Selbstschutzkräfte zu gelten; dazu kommen 30 000 Luftschutzlehrer, 500 Luftschutzschulen und in neuester Zeit die Hochschule des Luftschutzes in Wannsee. Das ist eine stolze Bilanz von nur dreijähriger hingebungsvoller Arbeit.

Bei Ausbruch des Weltkrieges dagegen waren nur einige große Industriewerke wie Krupp und die Zeppelinwerft in Friedrichshafen äußerst spärlich gegen Luftangriffe geschützt. Ein eigentlicher Heimatluftschutz wurde erst nach den ersten Angriffen auf unbefestigte deutsche Städte durch französische Bomber — vor allem hatte Freiburg im Breisgau darunter schwer zu leiden — ins Leben gerufen. Im Laufe des Jahres 1915 unterstanden dem einheitlichen Luftschutz fünf Flugmeldeabteilungen; aber erst am 1. Dez. 1916 wurden sie einer zentralen militärischen Kommandogewalt unterstellt. Vor genau 20 Jahren, im März 1918, kamen von beiden Seiten der Front Anfragen, ob nicht eine allgemeine Verständigung über die Unterlassung von Bombardements offener Städte mit Hilfe neutraler Regierungen herbeigeführt werden könnte. Wie schwer gerade die Zivilbevölkerung damals schon unter den Luftangriffen zu leiden hatte, geht daraus hervor, daß allein auf die Rheinlande im Jahre 1918 353 Luftangriffe von insgesamt 2319 Flugzeugen ausgeführt wurden, bei denen über 7000 Bomben abgeworfen worden sind. Umso unverständlicher war es daher, daß Deutschland durch den Versailler Vertrag nicht nur jeder Luftwaffe beraubt wurde, sondern auch jeglichen wie immer gearteten Luftschutzes.

Heute ist der deutsche Luftschutz wieder, genau wie die deutsche Luftwaffe, eine der machtvollsten Organisationen ihrer Art in der Welt. Während die Luftwaffe selbst mit ihren Jagdgeschwadern und Bombenflugzeugen, mit den Flaks, den Scheinwerferabteilungen und Horchgeräten, mit Ballon- und Drachensperren, mit Vernebelung und Verdunkelung, ja, vielleicht sogar mit der Anlage von „Scheinstädten" ihren eigenen militärischen Luftschutz betreut und von zentraler Stelle darüber hinaus auch die Landesplanung und die Dezentralisierung der Industrie als großzügige Behelfsmaßnahmen durchgeführt werden, beschränkt sich der Selbstschutz der Bevölkerung auf die rein passiven Gebiete. So obliegt dem Luftschutz die Bekämpfung von Gasangriffen durch Erkennen der Gasgefahr, durch Entgiftung und Vernichtung der Kampfstoffe und durch Aufklärung über das Wesen der Gasgefahr. Die Luftschutzkeller, der Feuerschutz durch Hilfsfeuerwehren, der behelfsmäßige Meldedienst, die technische Nothilfe bei Starkstrom-, Leuchtgas- und Wasserrohrunglücksfällen, das sind Teilgebiete im großen Gesamtrahmen des Luftschutzes; nicht zu vergessen der Brisanzschutz gegen Sprengwirkung der Spreng- und Brandbomben, die Kenntnis der verschiedenen Arten der Brandbomben und deren Löschung.

Abgesehen von all den vielen kleinen Einzelgebieten kommt es vor allem auf die Stählung des Widerstandswillens der Bevölkerung an, denn Deutschlands luftpolitische Lage ist sehr schwierig. Gerade deshalb wurden Abwehr und Angriff in Deutschland für den Fall eines Falles ganz besonders stark und schlagkräftig ausgebildet. Aus der früheren Blöße ist unser stärkster Schutz geworden. Je stärker die Luftwaffe, umso notwendiger ein starker Luftschutz.

Kurzer Besuch Ribbentrops in London

)(Berlin. Der Reichsminister des Auswärtigen von Ribbentrop begab sich gestern abend mit dem fahrplanmäßigen Zuge zu einem kurzen Aufenthalt nach London.

Der Reichsaußenminister wird Lord Halifax einen Besuch abstatten

)(London. Hier wurde amtlich bekanntgegeben, daß Reichsaußenminister von Ribbentrop am Donnerstag vormittag dem englischen Außenminister Lord Halifax einen Besuch abstatten wird. Die Abendpresse berichtet von dieser Absicht in größter Aufmachung, zum Teil in ganzseitigen Schlagzeilen auf der ersten Seite. Die Blätter fügen hinzu, daß der Reichsaußenminister auch den englischen Premierminister sehen werde.

Der Führer empfing Staatssekretär Comnen in Abschiedsaudienz

)(Berlin. Der Führer und Reichskanzler empfing heute den zum Staatssekretär des Bukarester Außenministeriums ernannten bisherigen Königl. rumänischen Gesandten in Berlin, Comnen, zur Verabschiedung.

Verschärfung der französischen Lage

Französischer Ministerrat

Landesverteidigungskasse muß zu arbeiten beginnen — 15 Milliarden Rüstungsausgaben in einem Jahre

)(Paris. Nach Schluß einer Ministerratssitzung am Dienstag verlas Unterstaatssekretär Laurens vor Pressevertretern eine **amtliche Mitteilung.**

Darin heißt es u. a., daß Ministerpräsident Chautemps seinen Kollegen über die Schaffung der autonomen Landesverteidigungskasse und über die nächsten Kreditoperationen berichtet habe, die diese Kasse durchführen werde. Die Stunde sei gekommen, wo die neue Einrichtung ihre Arbeit beginnen müsse.

Der Finanzminister Marchandau habe darauf hingewiesen, daß die außerordentlichen Rüstungsausgaben, die sich für die beiden ersten Monate 1938 auf 3,150 Milliarden Franken belaufen, für das gesamte Haushaltsjahr einen **Aufwand von über 15 Milliarden notwendig** machen. Dazu komme, daß das Schatzamt für die zivilen Ausgaben ebenfalls bedeutende Lasten zu übernehmen habe.

Von Ministerpräsident Chautemps sei sodann die politische Seite des Problems behandelt worden. Der Ministerpräsident habe auf die Pflicht der Regierung hingewiesen, vom Parlament die für die Erfüllung dieser schweren Aufgaben notwendigen Mittel zu verlangen.

Der Kabinettsrat habe demzufolge beschlossen, daß von der Regierung am nächsten Donnerstag eine Erklärung in der Kammer und im Senat abgegeben werde und daß die Zustimmung des Parlaments für die verschiedenen in der Erklärung enthaltenen Vorschläge verlangt werden soll.

Die Regierung, so heißt es zum Schluß in der amtlichen Mitteilung, sei entschlossen, die notwendigen Aktionsmittel, ohne die die Durchführung der von ihr beschlossenen nationalen Wiederaufrichtung unmöglich sein würde, zu erreichen und vor dem Parlament auf ihre volle Verantwortlichkeit hinzuweisen.

Nach dem Pariser Kabinettsrat

Gerüchte wollen von einer Regierungsumbildung wissen — Notwendigkeit der „inneren Sammlung" werde betont — Vor neuen einschneidenden Maßnahmen

)(Paris. Im Zusammenhang mit dem Kabinettsrat vom Dienstag sind in Paris wieder **Gerüchte von einer bevorstehenden Umbildung der französischen Regierung** im Umlauf. Die bekanntgewordene Absicht der Regierung, am Donnerstag von der Kammer und dem Senat eine Sonderermächtigung für neue Maßnahmen zur Gesundung der Finanzen und Sicherung des sozialen Friedens zu fordern und zu diesem Zweck notfalls die Vertrauensfrage zu stellen, gibt diesen Gerüchten neue Nahrung. In gewissen Kreisen hält man es wohl für möglich, daß die augenblickliche Regierung einem neuen Kabinett auf erweiterter Grundlage Platz machen könne, das besser in der Lage wäre, die Rüstungsanleihe zu starten und dem Lande neue straffe Maßnahmen aufzuerlegen. Zu diesem evtl. Regierungswechsel heißt es dann, daß er praktisch auf eine Umbildung hinauslaufen würde, da die bisherige Mehrheit kaum ganz auseinanderfallen dürfte, selbst wenn gewisse Absplitterungen erfolgen sollten. Diese Umbildung könnte aber, abgesehen von einer Neuverteilung der Ministerien, auch die Hinzuziehung von außerhalb des Kabinetts stehenden Persönlichkeiten der Mitte bedeuten. Im Hinblick auf den notwendig gewordenen Appell an das Sparkapital erscheint eine solche Maßnahme nicht unwahrscheinlich. Wenn alle Energien des Landes zusammengefaßt werden sollen, muß die Regierung ein entsprechendes Ansehen besitzen.

Zur Zeit sind, wie verlautet, **Verhandlungen zwischen den verschiedenen politischen Gruppen** im Gange, und in der Presse finden sich Stimmen, die eine sofortige innere Sammlung des Landes für dringend notwendig erklären. Ein kleines politisches und wirtschaftliches Informationsblatt ergeht sich über die Möglichkeiten eines Kabinetts Daladier, der gleichzeitig Kriegsminister bleiben und sich auf den Generalissimus Gamelin stützen würde. Chautemps würde in diesem Falle Außenminister werden und sich besonders der Annäherung an Italien widmen. Die neue Regierung würde eine Verlängerung der Dienstzeit auf 3 Jahre und die Einführung eines Arbeitsdienstes anstreben.

Man wird alle diese Gerüchte zu dem umfassenden Fragenkomplex nur mit größtem Vorbehalt aufnehmen müssen. Zur Zeit haben sie noch keine greifbaren Formen angenommen, so daß man sie nicht überschätzen darf.

Kritische Lage von Chautemps

Kommunisten und Marxisten haben das Schicksal des Kabinetts in der Hand. Ermächtigungsgesetz als gefährliche Klippe

)(Paris. Wie am Dienstag abend verlautete, soll Ministerpräsident **Chautemps** im Verlaufe des Kabinettsrates, bevor er ein Ermächtigungsgesetz in finanziellen und sozialen Fragen anregte, **erklärt haben, er sei bereit, zurückzutreten und die Regierung einem Kabinett zu überlassen, das aus angesehenen politischen Persönlichkeiten, wie z. B. ehemaligen Ministerpräsidenten, gebildet werde.** Der Kabinettsrat sei aber auf diesen Vorschlag nicht eingegangen. **Er habe es für besser erachtet, durch eine Kammerdebatte das Parlament zu veranlassen, zu den von der Regierung vorzuschlagenden Maßnahmen selbst Stellung zu nehmen.**

Sollte sich schon heute Mittwoch im Verlauf der Verhandlungen mit den Parteiführern herausstellen, daß nicht nur die Kommunisten, sondern auch die Sozialdemokraten dem Ministerpräsidenten Chautemps das erwünschte Ermächtigungsgesetz nicht bewilligen wollen, dann würde Chautemps die Feststellung treffen, daß seine Regierungsmehrheit zerbrochen ist, **und unverzüglich den Rücktritt des Gesamtkabinetts erklären ohne die für Donnerstag erwartete Kammeraussprache abzuwarten.**

Die Pariser Morgenpresse

befaßt sich am Mittwoch ausführlich mit der **innerpolitischen französischen Lage** im Anschluß an den gestrigen Kabinettsrat. Allgemein glauben die Blätter, es **habe eine scharfe parlamentarische Mehrheitskrise eingesetzt, die zu einer Regierungskrise führen könne.**

Die **„Epoque"** erklärt, die plötzliche Verschärfung der innerpolitischen Lage werde in der Oeffentlichkeit einiges Erstaunen hervorrufen, doch habe man eine solche Entwicklung erwarten können. Chautemps mache heute das gleiche wie die meisten seiner Vorgänger in den letzten Jahren: Er verlange Sondervollmachten. Der finanzielle Mißstand, die Franc-Krise und die Unmöglichkeit, eine Anleihe der nationalen Verteidigung ohne vorherige Bereinigung der Lage aufzulegen, trieben Chautemps zu dieser Forderung. **Mit dem heutigen Tag werde ein Kampf von unvorherzusehender Tragweite rund um das Kabinett Chautemps einsetzen.**

Die radikalsoziale **„Ere Nouvelle"** schreibt, **in dem bisherigen Zustand der Ungewißheit und der Unruhe könne man nicht weiterleben.** Die Finanzen dürften nicht durch jeden demagogischen Ansturm gefährdet werden.

Infolge der Verschärfung der inneren französischen Lage hat das Interesse für außenpolitische und internationale Fragen nachgelassen. Doch befassen sich die Morgenzeitungen auch mit den diplomatischen Besprechungen in Rom. Die Tatsache, daß der polnische Außenminister bei seiner kurzen Ansprache in Rom vom „König von Italien und Kaiser von Abessinien" gesprochen hat, hat hier keine Ueberraschung hervorgerufen, da von einer solchen tatsächlichen Anerkennung des italienischen Imperiums durch Polen in dieser Form bereits in den römischen Pressetelegrammen der letzten Tage die Rede gewesen war. Im übrigen herrscht besonders hinsichtlich der englisch-italienischen Beziehungen noch einiges Rätselraten.

Dr. Stojadinowitsch über die jugoslawische Außenpolitik

Herzliche Freundschaft mit Deutschland

)(Belgrad. Ministerpräsident und Außenminister **Dr. Stojadinowitsch** hielt heute Mittwoch in der Skupschtina eine **grundlegende Rede über die jugoslawische Außenpolitik** und zeigte hierbei die **drei Grundsätze seiner erfolgreichen Arbeit** auf: 1. wolle Jugoslawien an der Erhaltung des europäischen Friedens mitarbeiten, 2. wolle es alte Freundschaften bewahren und 3. neue Freundschaften gewinnen.

Zum ersten Grundsatz bemerkte er, daß Jugoslawien vermeide, sich an irgendwelchen Blockbildungen zu beteiligen. In seinen Ausführungen zum zweiten Punkt bekräftigte er das **Verhältnis zu Frankreich.** Die freundschaftlichen **Beziehungen zu Großbritannien** wie die **Zusammenarbeit im Rahmen der Kleinen Entente und des Balkanbundes** wurde von ihm weiterhin gestreift.

Zu Punkt 3, der Gewinnung neuer Freundschaften, erläuterte er zunächst das **Verhältnis zu Deutschland.** Wörtlich führte Ministerpräsident und Außenminister Dr. Stojadinowitsch dabei aus: **„Die Beziehungen mit dem Deutschen Reich haben sich immer mehr vertieft und belebt.**

Der Besuch, den im Mai v. J. der deutsche Reichsaußenminister in Belgrad abstattete, war ein Zeichen der Aufmerksamkeit sowie ein Beweis der guten und freundschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und unserem Königreich. Mein Aufenthalt in Deutschland im Januar d. J. galt der Erwiderung dieses Besuches.

Dabei wurde mir, wie Ihnen allen bekannt ist, ein festlicher Empfang bereitet. **Die begeisterte Begrüßung durch das ganze deutsche Volk galt zugleich unserem Land und Volk.** Diese Kundgebungen waren vom Geist herzlicher Freundschaft durchwoben. **All dies festigte unsere Ueberzeugung, daß die guten und freundschaftlichen Beziehungen mit dem großen und aufsteigenden Deutschen Reich auf allen Gebieten bei vollkommener Achtung der beiderseitigen politischen Anschauungen sich noch weiter entwickeln können.**

Diese Ausführungen über das Verhältnis zu Deutschland wurden von der großen Mehrheit des Hauses mit starkem Beifall aufgenommen. Ministerpräsident und Außenminister Dr. Stojadinowitsch ging dann auf das **Verhältnis zu Italien** ein. Er erklärte, daß die bestehenden Mißverständnisse durch das Belgrader Abkommen vom 28. März 1937 bereinigt worden seien und eine **neue Periode in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten begonnen habe.**

Abschließend gab Stojadinowitsch einen **Ausblick** auf die von ihm vertretene Politik. Er betonte besonders die Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen und erklärte weiter, Jugoslawien werde sich nur um solche Probleme kümmern, die seine Interessen direkt berührten.

Zum Schluß erhoben sich die Abgeordneten von ihren Sitzen und bereiteten dem Ministerpräsidenten stürmische Kundgebungen.

SLUB
Wir führen Wissen.